

Die EDP - Europäische Demokratische Partei - begrüßt die politische Einigung, die am 10. November zwischen den Verhandlungsführern des Europäischen Parlaments und denen des Rates der Europäischen Union über eine Reihe von Haushaltsdossiers erzielt wurde, die essentiell sind, um der EU die Mittel an die Hand zu geben, mit denen sie aktuelle Notfälle und künftige Herausforderungen, die alle Mitgliedstaaten betreffen, bewältigen kann.

Die EDP befürwortet die vier Komponenten dieser Vereinbarung, die eng miteinander verknüpft sind und zusammen einen kohärenten und rechenschaftspflichtigen Mechanismus für die Verwaltung des Haushalts der Union bilden.

1. Der mehrjährige Finanzrahmen (M.F.F.), der den Gesamtbetrag der Haushaltsmittel, die der Union für den Zeitraum 2021-2027 zur Verfügung gestellt werden, auf 1 074 Milliarden Euro festlegt.
Auch wenn das Gesamtbudget etwas begrenzt erscheint, hält das VÜD die vorgeschlagene Verteilung der Ressourcen zwischen den traditionellen Politiken der Union (GAP, Strukturfonds, Binnenmarkt) und den neuen Politiken (Kampf gegen die globale Erwärmung, digitale Technologie, künstliche Intelligenz, Sicherheit und Verteidigung) für global relevant.
2. Das EU-Konjunkturprogramm der Next Generation EU im Wert von 750 Milliarden Euro soll den Mitgliedstaaten helfen, die durch die Pandemie verursachten schweren Schäden zu bewältigen und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln, welches durch die aufeinanderfolgenden Einsparungen stark beeinträchtigt wurde.

Die EDP begrüßt insbesondere die der EU eingeräumte Möglichkeit, diesen Plan durch Kreditaufnahme zu finanzieren, welches einen historischen Schritt in der Entwicklung der Autonomie der EU darstellt.

3. Der Fahrplan für die schrittweise Einführung neuer Eigenmittel, die dem EU-Haushalt zugewiesen werden, um die vollständige Rückzahlung (Kapital und Zinsen) der auf den Märkten aufgenommenen Kredite zu gewährleisten.
4. Die so genannte Cross-Compliance-Vereinbarung, die darauf abzielt, den Rat der Europäischen Union auf der Grundlage eines Vorschlags der Europäischen Kommission zu ermächtigen, die Finanzierung von Programmen in einem Mitgliedstaat aus dem Unionshaushalt zu kürzen oder zu stoppen, wenn dieser Mitgliedstaat Maßnahmen ergriffen hat, die nicht mit dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar sind.

Die EDP kritisiert die Haltung der Regierungen Polens und Ungarns, die im Namen einer archaischen Auffassung von nationaler Souveränität und eines illiberalen

Wahnsinns soeben ihr Veto gegen diese Maßnahme eingelegt haben, die das gesamte Abkommen in Frage stellt.

Die EDP fordert die Regierungen und Parlamente der anderen Mitgliedstaaten auf, nicht der Erpressung nachzugeben und zu bestätigen, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ein Gebot ist, das keine Ausnahmen zulässt.

Die EDP erinnert bei dieser Gelegenheit daran, dass es eine der ersten europäischen Parteien war, die die Einführung eines Konditionalitätsmechanismus [der die Zahlung europäischer Subventionen an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit knüpft] vorschlug.

Das 2019 verabschiedete EDP-Manifest¹ sieht dies ausdrücklich vor:

„Angesichts der Risiken populistischer, gar autoritärer Auswüchse, mit denen Europa konfrontiert wird, möchten wir für die Einführung eines System eintreten, in dem die Missachtung der Grundwerte (Artikel 7 des Vertrages von Lissabon) folgende Konsequenzen hätte:

- **Einfrieren sämtlicher europäischer Finanzhilfen**
- **Aussetzung sämtlicher Stimmrechte bei einstimmiger Entscheidungen.“**

Das Manifest sieht ferner vor, dass, um zu verhindern, dass Bürger, Organisationen und Unternehmen Opfer der Umsetzung dieser Maßnahme werden:

„Können geeignete Personen und Organisationen aus dem Mitgliedsstaat europäische Finanzmittel unmittelbar bei der Europäischen Kommission beantragen.“

¹ Hier verfügbar <https://2019.democrats.eu/de/theme/demokratie-unerlaessliche-institutionelle-reformen.html>